

Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen etc. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluß der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Nummer 9.

Berlin, den 27. Februar 1910.

11. Jahrgang.

Inhaltsverzeichnis.

Tarifverträge und Schiedsgerichtswesen. — Wetterleuchten. — Bezirk Breslau. — Rundschau: Besserung auf dem Frankfurter Baumarkt? Eine Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten. 30 000 Mitglieder verloren. Die Unwahrscheinlichkeit der Stichwunderschen Gewerkevereine. Die staatliche Anerkennung des Tarifvertrages in Preussens. „Unbeschadet ihrer konfessionellen Anschauung mit Mut und Stolz“ — für den „sozialdemokratischen Stillestehendenverband. Die Aktion des Staatsanwalts gegen den Mannheimer-Ludwigshafener Arbeitsnachweis. Ein Hilfsversuch aus moderner Glaubenslosigkeit. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Essen. Dort. Wülfrich. Dortmund. Himmelfort. Mörhagen. Mülheim. Puffel. Sonnenborn. Twistringen. Wies. Warburg. Berlin. — Von den Arbeitssitzungen. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

Carifverträge und Schiedsgerichtswesen.

So sehr manche Theoretiker die friedensverbürgende Wirksamkeit der Tarifverträge pfeifen, sie können sich der Tatsache nicht verschließen, daß jeder Vertrag, der willensfreie Menschen bindet, mit der Möglichkeit des Zuwiderhandelns stößt Tag für Tag auf kleine und große, offene und heimliche, bewusste und unbewusste Verstöße gegen die tariflichen Abmachungen, er hat gelernt, daß der Aufrechterhaltung des gewerblichen Friedens ein ganzer Verwaltungsapparat dienen muß und trifft sich so mit dem Theoretiker, dem Volkswirt oder Juristen, in dem Bemühen, die korporativabmachungen nach Möglichkeit vor Verletzungen durch einzelne oder ganze Parteien zu schützen. Was die Theorie immer gefordert hat, fand die Praxis, sowohl die Gesetzgebung, als der Selbsthilfe. Die Gewerbegerichte, die den individuellen Arbeitsvertrag vor rechtswidrigen Verletzungen durch eine zweckdienliche Spezialrechtspflege schützen, sind bis zu einem gewissen Grade auch in korporativen Streitigkeiten in ihrer Eigenschaft als Einigungsämter zuständig. Wie wenig ausreichend und für die speziellen Tarifzwecke geeignet sie sind, werden wir sofort zu zeigen versuchen. Hier sei nur bemerkt, daß eben die Unzulänglichkeit dieser gewerbegerichtlichen Einigungsämter zur Einrichtung besonderer Apparate der tariflichen Rechtspflege geführt hat, und zwar zu Institutionen der Selbsthilfe. Während nur wenige und meist die unvollkommensten korporativverträge als richterliche Instanz in Tarifkonflikten das Gewerbegericht, d. h. dessen Einigungsamt einsetzen, schufen sich die meisten eigene Schlichtungskommissionen und Schiedsämter. Sogar eine Berufungsinstanz, ein nationales Tarifamt, wurde bald überall dort nötig und von den Vertragsparteien gebildet, wo es sich um weitverzweigte Abmachungen handelt. Besonders in den Tarifgemeinschaften der graphischen Berufe hat sich ja bekanntlich die Rechtspflege der Selbsthilfekorporationen in einer Weise entwickelt, die fast Majestätsbeleidigung zu nennen ist. Die Tarifverträge wurden dort verhältnismäßig früh zum tiefen im Gewerbe eingewurzelt. „Unser Gesetz“ nennen die Buchdrucker mit Stolz ihren selbstgeschaffenen und so viele Jahrzehnte vom offiziellen Gesetzgeber ignorierten korporativvertrag. Je früher die einzelnen und deren Organisationen auf die strenge Durchführung dieses „Gesetzes“ drängten, desto mehr Unvollkommenheiten des Vertrages und Mißbrauchsmöglichkeiten stellten sich heraus. Deshalb wurde das, was Spruchpräzis der lokalen Schiedsgerichte und des zentralen Tarifamts geworden war, als Kommentar zum Tarif, wie zu einem staatlichen Gesetz, niedergelegt. Neuerdings haben die Buchdrucker ihrem letztinstanzlich entscheidenden Tarifamt noch einen juristischen Unparteiischen beigegeben, um so ihre tarifliche Rechtspflege ganz zu einer legitimen zu stampeln. In anderen Berufen bahnt sich eine ähnliche Entwicklung an, so auch im Baugewerbe, wo die Verträge immer mehr Wurzel fassen und sich wachsender Parteilichkeit erfreuen. Die Auffassung, daß der Tarifvertrag das Gewerbegesetz für die Abfassung des individuellen Arbeitsvertrages sei und daß eine Durchführung daher mit den Mitteln einer geeigneten Rechtspflege gesetzlich bindend bewirkt werden müsse, wird allmählich in den nächst interessierten Kreisen zur Selbstverständlichkeit. Daraus geht hervor, daß die Parteien des Arbeitsvertrages, wenn sie sich korporativ zum Tarifabschluß zusammenschließen, mehr wollen als unverbindliche oder nur auf Treu und Glauben getroffene Vereinbarungen, nämlich rechtswirksame Privatverträge, die mit einer ihrer Eigenart angepaßten Gerichtsbarkeit und unter eventueller Anwendung staatlicher Zwangsmittel durchzuführen sind. Für die Beurteilung eines Rechtsgeschäfts ist stets der Parteilichkeit hochbedeutsam. Deshalb muß auch diese Absicht der Tarifkontrahenten respektiert werden, wenn man die Frage nach der rechtlichen Be-

schaffenheit der Korporativverträge und Zuständigkeit der tariflichen Rechtspflege löst.

Sehen wir nun aber zu, wie schwer heute den Tarifparteien die rechtliche Durchsetzung ihrer Abmachungen und welche komplizierte Seitenwege sie einschlagen müssen, wenn sie Recht nehmen wollen.

Die einzigen unmißverständlich gesetzlich anerkannten Organe der gewerblichen Rechtspflege sind die Gewerbegerichte. Sie entstanden in einer Zeit, wo der Korporativ- dem Individualarbeitsvertrag gegenüber noch nicht zur üblichen Norm geworden war. Bis vor kurzem ist ja bei uns noch der durch keine Tarifvorschrift gebundene freie Arbeitsvertrag das Gewöhnliche gewesen. So ist es ganz erklärlich, daß die G.-G. vor allem der Beilegung solcher Streitigkeiten dienten, die sich aus der Nichteinhaltung oder ungeschicklichen Gestaltung des individuellen Arbeitsvertrages ergeben. In diesen Angelegenheiten haben sie die in sie gesetzten Erwartungen durchaus befriedigt, sogar die pessimisten eines Besseren belehrt. Auch für die Durchsetzung der korporativen Abmachungen ist diese gewerbegerichtliche Funktion durchaus nicht unwichtig, wie manche in Unkenntnis noch glauben. Soweit nämlich der einzelne Arbeitgeber mit dem einzelnen Arbeiter einen Arbeitsvertrag einging, der sich der Tarifnorm anpaßte, soweit sich also beide bewußt waren, daß sie sich dem Tarifverhältnis unterwerfen wollten, ist ein späteres Abweichen dieser Vereinbarung ein individueller Tarifbruch, gleichzeitig aber auch eine Verletzung des individuellen Arbeitsvertrages. Er kann also, wie jede andere Nichteinhaltung im Arbeitsvertrag, übernommener Verpflichtungen am G.-G. eingeklagt werden. Somit ist es durchaus zu empfehlen, daß die tariftreuen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beim Eingehen jeden Arbeitsvertrages erklären, sie stellen sich auf den Boden der Tarifnorm für den Ort oder das ganze Gewerbe. Würde dies stets geschehen, so könnte jeder nachträgliche Tarifbruch vor dem G.-G. verhandelt, der Schuldige ordentlich verurteilt und zum Schadenersatz dem Benachteiligten gegenüber gezwungen werden. Wäre z. B., trotzdem man sich beiderseits auf den Tariflohn einigte, später weniger bezahlt worden, so hätte der Arbeiter die Möglichkeit, die am Tariftag fehlende Lohnsumme einzuklagen und würde sie, wie ja auch da und dort bereits geschehen, zurückerstattet erhalten.

Schon hierbei, d. h. wenn man den Tarifbruch als etwas rein individuelles betrachtet will, das nur den einen Arbeitgeber und seinen einen Arbeiter, nicht aber die Tarifgemeinschaft und die sie tragenden Organisationen angeht, also schon dann stellen sich Mängel der G.-G. heraus, die das Verlangen nach einer anderen zweckdienlicheren Instanz erwecken. Das G.-G. ist eben immerhin weniger als ordentliche Gerichtsbarkeit, vielmehr eher als eine Art von friedensrichterlicher Körperschaft gedacht. Es soll dort möglichst billig und möglichst schnell Friede zwischen den Streitenden erzielt werden und zwar in Form einer Vereinbarung. Also handelt es sich weniger um den Sieg des tatsächlichen Rechts, als das Auffinden eines Mittelweges, bei dem sich die Parteien bescheiden können. Das erklärt wohl auch, daß dem G.-G. die oft so schmerzlich vermisse Berufungsinstanz fehlt, daß das Verfahren dort sehr gütlich-schiedlich, aber nicht unter Zuhilfenahme der Machtmittel eines ordentlichen Gerichts, wie z. B. Erscheinungszwang, Zeugenvereidigung usw., vonstatten geht, und daß von Anfang alles auf einen Vergleich zutrifft. Nun steht den Parteien ja allerdings im Falle der Ablehnung des gewerbegerichtlichen Kompromisses der ordentliche Rechtsweg noch offen, aber die allgemeinen Gerichte sind wiederum aus bekannten Gründen zur Erleichterung gewerblicher Streitigkeiten wenig geeignet. Weitläufiger, vor allem aber juristisch, so möchte ich es nennen, arbeiten die Körperschaften, die der Parteien Selbsthilfe schuf. Das tarifliche Schiedsgericht entfaltet zwar auch der öffentlich rechtlichen Machtmittel, arbeitet rein privatim, ja muß sich sogar gefallen lassen, daß namhafte Juristen ihm die Berechtigung als gesetzlich anerkannter Schiedsinstanz absprechen; trotzdem aber sucht es Recht zu sprechen, nicht eine Vereinbarung herbeizuführen. Im Vordergrund steht die Frage, was ist nach bestehendem Tarifgesetz Recht, was Unrecht, die Hauptfrage des G.-G. Dagegen, wo liegt die Mitte zwischen den Forderungen beider Parteien, kommt nur da in Betracht, wo es sich um tariflich ungeklärte Einzelheiten handelt. Die ganze Befugnis der tariflichen Schiedsgerichte bürgt auch für eine durchaus sachkundige Entscheidung, der Gerichtshof setzt sich aus engsten Fachkreisen zusammen und der unparteiische, wo möglich juristisch gebildete Vorsitzende bekommt so die denkbar genauesten Tatsachengrundlagen für eventuelle Entscheidungen. Natürlich fällt diese Kompromißpraxis der G.-G. überall dort weg, wo es sich um offensichtliche Verstöße gegen die G.-G. oder die guten Sitten handelt, da entscheiden viele, ja die meisten G.-G. mit rühmender Entschiedenheit.

Nach sind naturgemäß die Vertreter in einem Tarif-

amt, mit dem positiven Gewerbegesetz, dem Tarifvertrag und den Beweggründen, aus Innigkeit vertraut, aus denen diese und jene Positionen der Abmachungen hervorgehen. Ihnen ist nicht nur der Vertragsbuchstabe, sondern auch der Geist desselben in Fleisch und Blut übergegangen. All diese Umstände würden dafür sprechen, daß ein Tarifschiedsgericht (T.-S.-G.) auch in rein individuellen Verletzungen des Korporativabkommens besser entscheiden könnte, als ein G.-G.

(Fortsetzung folgt.)

Wetterleuchten.

Am 14. Februar hielt das Kartell der Arbeitgeberverbände für Berlin eine Kartellausschussung ab, in der Herr Dr. Meier, Syndikus des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe, einen Vortrag über die Bedeutung des Arbeitsnachweises hielt. Auf den Inhalt brauchen wir nicht einzugehen, da er sich in bekannten Bahnen bewegt. Die Sitzung hatte das Ergebnis, daß das Kartell getreu seinen Satzungen an dem unparteiischen Arbeitsnachweis festhalten und mit allen ihm zustehenden Mitteln die Förderung dieser Art von Nachweisen betreiben werde.

Der Bezirks-Arbeitgeberverband für das Baugewerbe im Königreich Sachsen hatte seine 29. Unterverbände auf den 3. Februar nach Dresden zusammenberufen, um die Stellung der einzelnen Verbände zur gegenwärtigen Tariffrage zu erkunden, und welche Vorbereitungen für einen ev. Kampf zu treffen seien. Der Vorsitzende, Herr Kgl. Hofzimmermeister Rood sagte die hauptsächlichsten Differenzen in folgende drei Punkte zusammen:

1. Die Arbeitgeber wollen die Verträge zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften zentral abschließen. Die Arbeitnehmer wollen das nicht, sondern die Verträge sollen nur als kollektive Verträge zwischen den einzelnen am Ort befindlichen Arbeitgebern und den Organisationsvertretern der Arbeitnehmer geschlossen werden.

2. Die Arbeitgeber verlangen im Vertrag schärfere Bestimmungen als bisher, zur Unterbindung der Agitation auf der Baustelle.

3. Die Arbeitgeber verlangen die Anerkennung der von den Arbeitgebern eingerichteten oder einzurichtenden unparteiischen Arbeitsnachweise und ausschließliche Benutzung derselben seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Die anwesenden 32 Arbeitgebervertreter erklärten, in diesen drei Punkten dürfe nicht nachgegeben werden. Den Beschluß der Bundesleitung versprachen sie sich bedingungslos zu fügen.

Bei der Beratung über die Vorbereitungen zum Kampf wurde auch die Frage aufgeworfen, ob Vorbereitungen getroffen sind, daß im Falle einer Arbeitsruhe die Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter nicht von anderen Arbeitgebern, sei es von der Industrie, sei es von der Landwirtschaft, aufgenommen werden. Ferner, ob Vorbereitungen getroffen sind, daß Bauherren zur Fertigstellung ihrer Bauten nicht Streikende oder Ausgesperrte selbst einstellen. Beide Fälle, mögen die Leute beschäftigt werden, wie sie wollen, würden außerordentlich dazu beitragen, daß der Erfolg für die Bauarbeitgeber in Frage gestellt wird. An die großen Verbände der Industrie, Landwirtschaft usw. soll um Unterstützung insofern herangetreten werden, als diese gebeten werden sollen, alle in Aussicht genommenen Bauten vorläufig zurückzustellen, den Ausführenden der bereits angefangenen Bauten die Streik Klausel zu gewähren und ihnen den Fertigstellungstermin um die Dauer des Streikes oder der Sperre zu verlängern.

Insondere sollen aber die anderen Arbeitgeber, seien es Industrielle, seien es Landwirte, erjucht werden, auch für ihre eigenen Arbeiten nicht etwa streikende oder ausgesperrte Maurer, Zimmerer oder Bauhilfsarbeiter einzustellen.

So arbeiten die Unternehmer. Denn, so heißt es bei der Begründung dieser Maßnahmen, „ein Mißerfolg des bevorstehenden Kampfes wird auch für die Arbeitgeber der gesamten Industrie nachteilige Folgen haben, denn Erfolge, die die Bauarbeiter erringen, werden auch die Industriearbeiter zu erringen zwingen.“

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe der Provinz Posen hielt am 10. Februar seine aus 24 Unterverbänden sich zusammenschließende Generalversammlung ab, die sich ebenfalls mit dem neuen Tarifabschluß beschäftigte. Wie das „Zentralblatt für das deutsche Baugewerbe“ mitteilt, erklärten sich alle Unterverbände bereit, „falls die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages nicht führen sollten, und der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe die Schließung der Geschäfte anordnen sollte, einer solchen Anordnung unbedingt Folge zu leisten.“

Aus diesen umfassenden Vorbereitungen und Erklärungen der Arbeitgeber wird der Ernst der Situation grell beleuchtet; Wetterleuchten, das das drohende Gewitter ankündigt. Gaben unsere Kollegen ebenfalls in so umfassender Weise ihre Schuldigkeit getan? Wenn nicht — noch ist es nicht zu spät.

Bezirk Breslau.

Als im vorigen Jahre von unserem Bezirk ein Halbjahresbericht erschien, konnte mit Rücksicht auf die kurze Spanne Zeit, wo der Bezirk bestand, wenig berichtet werden. Nachdem nun ein Jahr gewerkschaftlicher Arbeit hinter uns liegt, können auch wir übersichtlicher berichten.

Tag im Frühjahr 1908 die Konjunktur in den meisten Orten im Bezirk ziemlich danieder, so setzte im Sommer in Oels, Konrad, Kreuzburg, Ritschen, Kempen und Glogau eine ziemlich lebhaftes Bautätigkeit ein. Im Spätsommer machte sich auch in Waldenburg, Salzbrunn, Breslau, Brieg, Giesberg, Striegau und Liegnitz eine bessere Konjunktur bemerkbar. Nach einer vom statistischen Amt in Breslau vorgenommenen Zählung hat die Zahl der leerstehenden Wohnungen im Jahre 1909 gegen das

Vorjahr um 1000 abgenommen. Da die Bevölkerung während dieser Zeit um 8356 Personen gewachsen ist, was einen Mehrbedarf von etwa 2200 Wohnungen darstellt, die Gesamtzahl der Wohnungen durch Neu- und Umbau aber um rund 1200 gestiegen ist, so ist jene Abnahme der leerstehenden Wohnungen verständlich. Es handelt sich dabei nur immer um die Wohnungen in bereits vollständig abgenommenen Grundstücken. Wenn das Jahr 1909 noch weniger neue Wohnungen hervorgebracht hat, als das vergangene, so darf das nicht etwa dahin gedeutet werden, daß die Bauaktivität im Jahre 1909 noch geringer gewesen sei als im Jahre 1908. Entsprechend der wieder aufsteigenden wirtschaftlichen Konjunktur hat die Bauaktivität seit Juni 1909 wieder zugenommen, nur ist sozusagen die Ernte des letzten Jahres noch nicht reif; ihre Früchte kommen erst im laufenden Jahre auf den Wohnungsmarkt. Der Zuwachs an Wohnungen in einem Jahre ist im wesentlichen Ergebnis der Bauaktivität des vorausgehenden Jahres. — Wenn also nach der folgenden Uebersicht der Zuwachs an Wohnungen hinter dem Zuwachs der Bevölkerung weit zurückbleibt, so ist dies mehr dem Jahre 1909 als dem Jahre 1908 zur Last zu legen. Wie dem aber auch sei, so kann jedenfalls zunächst, wo noch 3,8 Prozent der vorhandenen Wohnungen leer stehen, noch von keiner Wohnungsnot gesprochen werden.

Zunahme gegen das Vorjahr:

	der Bevölkerung:	der Wohnungen:
1909	8360 oder 1,7 %	1211 oder 0,9 %
1908	8435 " 1,7 "	2079 " 1,6 "
1907	8662 " 1,8 "	3294 " 2,6 "
1906	11426 " 2,4 "	3846 " 3,1 "
1905	9841 " 2,1 "	4089 " 3,5 "

Wenn auch gerade von keiner Wohnungsnot gesprochen werden kann, so muß doch gesagt werden, daß gerade kleinere Wohnungen für Arbeiterfamilien allzu wenig vorhanden sind und daher wohl auch die hohen Mietpreise. Eine bessere Konjunktur steht wohl, wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, bevor. Aber auch an den anderen Orten macht sich eine bessere Konjunktur bemerkbar. Aus Ologau wird geschrieben: „Die Kosten der Anlage für das bei Ologau zu errichtende Braunkohlenbergwerk blühten sich auf ca. 1 750 000 M stellen. Die Anlagen über Tage sind nach dem Projekt gedacht aus einem Förderturm mit Maschinengebäude, einem Kesselhaus, das bis zu 10 Dampfessel aufnehmen soll, einer Zimmerwerkzeile, Schlosserei, Schmiede, Materialienniederlage, Kantor, Zeichenhaus, Bade- und Waschräume für Beamte und Mannschaften, Kohlenverladebühnen, elektrische Zentrale, Brickettfabrik, zwei Beamtenwohnhäuser und einem Direktorbau.“ Der Kreisrat beschloß den Bau eines Kreishauses. Die Kosten betragen 400 000 M, für den Bahnhofsumbau und die Bahnstrecken sind sieben bis acht Millionen Mark vorgesehen. Eine neue Villenkolonie soll in Krummhübel im Riesengebirge errichtet werden, der Umbau des Bades in Charlottenbrunn ist auf 1½ Millionen Mark veranschlagt, in Wagrambrunn der Umbau eines Bades, Schweidnitz veranlagt eine Gewerbe- und Industrie-Ausstellung. Im Landkreis Breslau soll eine elektrische Ueberlandzentrale gebaut werden. Die für 1910 in Breslau geplante Festwoche wird für die Zimmerleute längere Arbeit bringen. — In Dels soll eine neue Eisenbahntrasse sowie einige Beamtenwohnungen gebaut werden. In Namslau wird die Wasserleitung gebaut, desgleichen ist mit dem Bau der neuen Bahnstrecke Namslau-Kempen bereits begonnen worden. In Kreuzburg, Konstanz stehen ebenfalls größere Arbeiten bevor. In Uchütz wird die Arbeit von dem neuen Dominium wohl noch zwei Jahre dauern und werden dort durchschnittlich 200 Mann beschäftigt. Auch in Görlitz, wo man sich schon lange mit dem Bahnhofsumbau beschäftigt, dürfte bald begonnen werden. In Landeshut und Waldenburg steht eine bessere Baukonjunktur bevor. In den Baderorten Lubowa, Reinerz, Landeshut und Salzbrunn hat die Bauaktivität bereits begonnen. In Münsdorf, Passchau, Frankenstein scheint sich die Konjunktur ebenfalls zu heben.

Lohnbewegungen waren in Landeshut, Ologau, Schönau a. d. R., Landeshut, Konstanz, Kreuzburg, Pitschen, Uchütz und Wrieg. In Landeshut erhielten die Kollegen nach einem 14tägigen Streik 2 Pf. Lohnzulage. Ein Vertrag wurde nicht abgeschlossen, da einige Kollegen zu Streikbrechern wurden und so die Arbeitgeber sich auf weitere Verhandlungen nicht einließen. Im Bezirk Ologau konnte die Lohnbewegung wegen großer Interessierlosigkeit der Kollegen und dem Zurückhalten des roten Mauerverbandes, der keine Forderungen einreichte, nicht durchgeführt werden. In Schönau a. d. R. erhielten die Kollegen durch das Eingreifen unserer Organisation pro Stunde 6 Pf. Lohnerhöhung, seither aber durch die Organisation zu vier Fünfteln den Rücken. In Landeshut wurde nach 16wöchigem Streik ein Vertrag abgeschlossen mit 3 Pf. Lohnerhöhung. In Kreuzburg, Konstanz, Pitschen und Uchütz erhielten die Kollegen nach dreiwöchigem Streik 6-8 Pf. Lohnerhöhung und schlossen einen Vertrag bis 1911 ab. Hier haben sich die Behörden, besonders in Konstanz, als Schutztruppen der Arbeitgeber erwiesen. Mit allen möglichen Schikanen suchten sie die Streikenden zu belegen, und alle Streikposten wurden von den Behörden kontrolliert. Daß es dabei für die Kollegen mit Strafen nur so geregnet hat, ist selbstverständlich. Bei den Gerichtsverhandlungen ist auch die Höhe der Strafe gekennzeichnet, die in Konstanz resp. in Duppeln verhängt wurde. Drei Kollegen befinden sich bereits drei Monate in Untersuchungshaft. Ein Kollege erhielt einen Monat, zwei Kollegen 14 Tage, sechs Kollegen acht Tage Gefängnis. Kollege Pfeiffer, Bezirksleiter, erhielt wegen Herausgabe eines Flugblattes, worin sich folgende Worte befanden: „Werde keiner zum Streikbrecher. Er ist ein Verräter seiner Arbeitkollegen“ in Konstanz zwei Monate Gefängnis. In der Verurteilung wurde die Strafe auf fünf Tage herabgesetzt. Einige Termine stehen in der Angelegenheit noch an. In keinem mit bekannten Orte ist man so gegen die Streikposten vorgegangen, wie hier. In Wrieg wurde ebenfalls mit der Firma Baars ein Vertrag abgeschlossen bis 1911, der den Kollegen 4 Pf. Lohnerhöhung brachte. Etwa 800 bis 900 Kollegen arbeiten bis 1911 zu vertraglichen Bedingungen.

In der Agitation wurde getarnt, was eben möglich war. Einige Hilfskräfte mußten längere Zeit in der Agitation mithelfen. Bei der starken Gegenagitation der roten Verbände, sowie der Fachabteilungen mußte öfters ein Kollege längere Zeit an einem Orte bleiben. Neben den vom Zentralvorstand herausgegebenen Flugblättern wurden seitens des Bezirksvorstandes zur Aufklärung noch mehrere Tausend herausgegeben und verbreitet. Folgende Zahlstellen wurden gegründet: Dels, Bernstadt, Pitschen, Schildberg, Wrieg, Böwen, Rosenburg, Conrabad, Passchau, Groß-Dobers, Brünitz, Charnowanz, Jessenberg, Alt-Budowitz, Borlowitz, Kosschowitz und Gräffau. An einer Reihe von Orten wurden Vertrauensleute eingesetzt. Durch diese Agitation, die uns viel Geld gekostet hat, was die Kollegen anderer Gegenden, wo die Organisation schon mehr Fuß gefaßt hat, auch einsehen werden, wurde die Mitgliederzahl von 642 im Juli 1908 auf 1668 Mitglieder bis zum 1. Januar 1910 erhöht, somit eine Zunahme von 1027 Mitgliedern. Neu aufgenommen 1478. Die Zahlstellen Kempen, Schildberg, Bartenberg wurden zu einer Verwaltungsstelle zusammengelegt. Desgleichen Namslau, Kreuzdorf, Wrieg hatte sich ebenfalls gut entwickelt und ist deshalb selbständig gemacht worden. Die 200 Mitglieder waren am Jahresabschluss erreicht worden, wenn die Schönerer Kollegen festgehalten hätte; andererseits aber auch sich unsere Kollegen besser an der Werbung neuer Mitglieder beteiligen hätten. Entsprechend haben sich auch 200 Zimmerer, sowie etwa 50 Dachdecker der Organisation angeschlossen. Die Bauhilfsarbeiter sind noch schwach organisiert. In den meisten Orten wird die Arbeit, sonst von den Bauhilfs-

arbeitern gemacht. Hier in unserm Bezirk von Frauen und Mädchen, sowie Lehrlingen besorgt. Daher auch an einer ganzen Reihe von Orten, wie Kreuzburg, Konstanz, Namslau usw. die reine Lehrlingsjückererei. Etwas Besserung ist eingetreten in der Leitung der Zahlstellen, jedoch genügt dies noch nicht. Vieles läßt sich noch zu wünschen übrig und mögen sich die Vorstände, besonders die Kassierer, dies einzuholen. Besonders wollen wir auch die Zahlstellenvorstände, von wo die Kollegen in einem andern Bezirk arbeiten, z. B. die Kollegen aus Alt-Budowitz, Woblan, Borlowitz, Georgenberg usw., im ober-schlesischen Industriegebiet arbeiten, daran erinnern, daß die Kollegen dort ihre Beiträge zu zahlen haben, wo sie in Arbeit stehen, nicht etwa zurückkommen und dann fünf oder gar zehn Pfennig weniger zahlen. Sollte ein solcher Kollege wirklich am Orte nachzahlen, so hat er den Ratwörter Beitrag zu zahlen. Die Zahlstellen gehören als solche zum Bezirk Breslau. Charnowanz gehört zu Oppeln.

Wirtschaftlich sind die Kollegen noch durchweg schlecht gestellt, obwohl die Lebensmittel- und Mietpreise hier dieselben, wenn nicht noch höher sind, wie in anderen Gegenden. Soziale Wahlen fanden statt in Görlitz, Innungs-Krankenkassenwahl, in Kreuzburg, Krankenkassenwahl der Bauhandwerker, letztere ist noch nicht erledigt. Unsere Kollegen haben beantragt, zunächst ein Statut herauszugeben; denn seither hat man kein Statut. Die Arbeitgeber haben sich auch in letzter Zeit in Kreuzburg, wo seither der Arbeitgeberbund noch nicht bestand, organisiert und mit den Kreisen Kreuzburg, Rosenburg und Lublinitz zu einem Arbeitgeberverband zusammengeschlossen. Somit dürften auch in unserm Bezirk jetzt sämtliche Arbeitgeber dem Bunde angehören. Die Stellung der Arbeiter ist hier wie an allen anderen Orten. Die „Genossen“ haben sich die erdenklichste Mühe gegeben, durch Agitation mit der Finanzreform uns aus der Welt zu schaffen, jedoch vergeblich, wir sind gewachsen. Besonders scheint es dem Gauleiter Schmidt vom roten Zimmerverbande weh zu tun, daß sich so viele Zimmerer unserer Organisation angeschlossen haben. Die Fachabteilungen scheinen es ganz besonders auf die bösen Christlichen abgesehen zu haben; denn so oft man den „Arbeiter“ (Organ der Facharbeiter, Sitz Berlin) liest, findet man sehr wenig gegen die Not, desto mehr aber gegen die Christlichen; also Hand in Hand marschieren hier die Fachabteilungen mit den sozialdemokratischen Verbänden gegen die Christlichen. Unter den Bauarbeitern haben sie jedoch kein Glück; denn diese sehen ein, daß eine solche Organisation für sie keinen Zweck hat. In Nr. 7 schreibt der „Arbeiter“ einen Artikel: Ein Niesenkampf im deutschen Baugewerbe. In Absatz 6 heißt es: „Als katholische Berufsorganisation haben wir bisher dieses Kampfsystem nach jeder Richtung hin, besonders aber im Interesse des gefährdeten Bauarbeiterstandes verurteilt.“ (Nicht wir wollen nicht den Kampf, wenn friedlich etwas zu erreichen ist. D. B.) Wollen die Berliner Fachabteilungen etwa das Taximuster so annehmen? Oder freuen sie sich auf eine Aussperrung der Interkonfessionellen und Kolen, um so den Arbeitgeber Streikbrecher zu liefern wie immer? Etwas steht dahinter, Vorarbeit wird schon getroffen. Also Bauarbeiter die Augen auf.

Die Tätigkeit gestaltete sich wie folgt: Der Bezirksleiter war 290 Tage auswärts. Es wurden durch den Bezirksleiter abgehalten 168 Mitglieder- und 36 öffentliche Versammlungen, außerdem nahm er an 42 Verhandlungen und Lohnkommissionen teil, sowie am Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln. Als Vorsitzender des Gewerkschaftsartikels Breslau nahm er an 18 Sitzungen und Versammlungen teil und hielt 12 Versammlungen für andere Verbände ab. Durch die Hilfskräfte wurden 170 Versammlungen abgehalten. Im Winter 1908/09 wurde eine große Agitation vorgenommen, wobei drei Kollegen mithelfen mußten, auch blieb der Erfolg bei dieser Arbeit nicht aus. Der schriftliche Verkehr war ein sehr großer, besonders deshalb, weil wir öfters die Kollegen schriftlich einladen mußten. Es waren Eingänge 385 Briefe, 335 Karten, 16 Telegramme, 31 Pakete. Ausgänge: 438 Briefe, 694 Karten, 28 Telegramme, 39 Postanweisungen, sowie über 5000 Drucksachen. Alles in allem, ein arbeitsreiches, aber auch erfolgreiches Jahr liegt hinter uns. Allen Kollegen Dank, die sich an der Mitarbeit beteiligt haben. Möge uns auch im Jahre 1910 eine gleiche Mitgliederzunahme beschieden sein zum Truge unserer Gegner.

Ed. Pfeiffer, Bezirksleiter, Breslau 8, Mauritiusplatz 4 II, Telephon 4226.

Rundschau.

Besserung auf dem Frankfurter Baumarkt? Auf dem Frankfurter Immobilienmarkt, so schreibt das „Berl. Tagebl.“, wirkt die angestrebte Revision der Bauordnung ihre Schatten bereits voraus, indem das Geschäft sich zu beleben beginnt. Im Monat Januar sind nach der Zusammenstellung von K. Stern-Simon, abgesehen von den Subventionen, 47 bebauten Grundstücke im Werte von 4 107 276 M und 16 unbebaute im Werte von 465 295 M, zusammen also 63 Objekte im Werte von 4 572 571 M gegen nur 47 Objekte im Werte von 3 772 451 M im gleichen Monat des Vorjahres verkauft worden. Im Hypothekendarlehen haben die Zinssätze sich noch nicht verändert. Hypothekendarlehen halten noch immer auf 4¼-4½ Prozent bei 1-1½ Prozent Abschlußprovision, während Privat- und Stiftungsgelder zu 4 bis 4½ Prozent erhältlich sind. Der Zinssatz für zweite Hypotheken beträgt 5 Prozent. Das Vermietungsgeschäft war der Jahreszeit entsprechend recht lebhaft, und die verlangten Preise für Wohnungen, Geschäftlokale usw. sind ziemlich glatt bewilligt worden.

Eine Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten beabsichtigt die preussische Regierung. Vor einigen Tagen hat sie nämlich im Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses durch einen Regierungskommissar bei der Forderung von 107 500 M mehr für die Aufwichtsbeamten erklären lassen, daß die Zahl der vorhandenen Gewerbeaufsichtsbeamten in mehreren Bezirken nicht ausreichte und die Errichtung neuer Gewerbeinspektionen notwendig sei. Die weiblichen Aufwichtsbeamten leisteten im wesentlichen daselbe wie die männlichen. In Berlin sollen zwei neue weibliche Aufwichtsbeamte angestellt werden. Es sei auch die etatmäßige Anstellung der weiblichen Aufwichtsbeamten in Erwägung gezogen worden. Je eine neue Gewerbeinspektion soll in Charlottenburg, Sorau, Stolp, Oderode am Harz und Düsseldorf-Land errichtet werden. Außerdem sollen drei etatmäßige Hilfsarbeiterstellen eingegeben und neue Gewerbeinspektionen in Dortmund II, Witten und Saarbrücken II eingerichtet werden. Endlich soll die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten im Landespolizeibezirk Berlin sowie in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Frankfurt, Halbesheim und Köslin erhöht werden. Eine solche Vermehrung der Beamtenzahl kann der Durchführung des Arbeiterschutzes nur zugute kommen!

30 000 Mitglieder verloren haben im vergangenen Jahr die sozial. Gewerkschaften Österreichs. Darunter die Maurer allein 8-10 000. Als Grund wird die wirtschaftliche Krise und die separatistischen slawischen Organisationen angegeben, die sich von den deutschen Organisationen trennten.

Die Unwahrhaftigkeit der Hirsch-Dauerischen Gewerksvereine. Linksliberale und Hirsch-Dauerische Gewerksvereine bringen anlässlich einer kürzlich bestrittenen Arbeiter-

versammlung im württembergischen Oberland, in Laupheim einen Artikel aus der Feder des H.-D.-Sekretärs Reppner-Milburg, der in seiner plumpen und unwahren Tendenz auf entscheidendste zurückerwiesen werden muß. Die Laupheimer Firma Bergmann hatte ihren Arbeiterinnen Lohnzulage zugesprochen, die sie unter den Arbeiterinnen eine große Aufregung herbeiführte. Die Gewerkschaftlerinnen forderten ihrer Organisation Schuß. Die christliche Gewerkschaft, die dem Verlangen der Mitglieder nach und berief zur Besprechung der Angelegenheit auf den 2. Februar, mittags 1 Uhr, eine Mitgliederversammlung ein. Die „Hirsche“ hatten auf 3 Uhr nachmittags eine öffentliche Versammlung einberufen. Zu verteilten sie ein Flugblatt, das sich gegen die christlichen Gewerkschaften richtete. Das allein war schon gegen die Interessen der Arbeiterchaft verstoßend, sollten doch auch die „Hirsche“ so selbst sein, in erster Zeit gegen die andere stark am Orte tretene Richtung nicht zu wählen und zu hegen. Eine solche Handlungsweise kann man nur mit dem Namen Arbeiterverleugung belegen. Die Versammlung der christlichen Gewerkschaft verlief sehr gut, beschäftigte man sich doch mit der wichtigen Frage man am besten gegen die Lohnkürzungen der Firma Bergmann vorgehen könne. Es wurde sogar zu einem Zusammengehen mit den „Hirschen“ geraten und man beschloß, die Versammlung der „Hirsche“ zu besuchen, um zu hören, wie die die „Hirsche“ zu der Angelegenheit stellen. Der Referent verteilte sich aber gar nicht mit der für einen Teil der Laupheimer Arbeiterchaft so wichtigen Angelegenheit, sondern glaubte mit einer Agitationsrede und unwahren Behauptungen Mitgliederfang treiben zu können. Dabei provozierte er die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften durch die unwahre Behauptung, die H.-D.-Gewerksvereine seien religiös und politisch neutral. Da das nicht wahr ist, mußten die beiden Sekretäre Groß und Krug von den christlichen Gewerkschaften sich zum Wort melden und die unwahre Behauptung des Referenten richtigstellen. Freie Diskussion war von den „Hirschen“ zugelassen aber nicht eingehalten worden. Nur Gewerkschaftssekretär Grötsch konnte etwa eine Stunde sprechen, dann wurde die Rede freiheit, die garantiert worden war, ganz willkürlich aufgehoben. Während die christlichen Gewerkschaftler die Rede des H.-D.-Sekretärs still und ruhig angehört hatten, trocknete sie mit allem einverstandenen waren, setzte während der Ausführung des Kollegen Groß ein wahrer Höllelärm von seinen „Hirsche“ ein, der wahrscheinlich den Gästen der Versammlung zeigen sollte, was man unter „vollständig-freie Willkür“ wie sie von den „Hirschen“ vertreten wird, zu verstehen hat. Man konnte es auf der Seite der „Hirsche“ wie immer nicht vertragen, recht deutlich die Wahrheit gesagt zu bekommen über ihren Schwundel von der parteipolitischen und religiösen Neutralität. Nach dem Kollegen Groß sprachen zwei „Vokalgrößen“ der „Hirsche“. Der eine bestritt, auf nicht einwandfreie Weise Mitgliederfang in den christlichen Gewerkschaftskreisen Laupheims getrieben zu haben, während der andere es zugab und erklärte, das bei jeder sich bietenden Gelegenheit zu wiederholen. Dem Gewerkschaftssekretär Krug wollten sie, trotzdem er sich mit unserm Kollegen Groß gleichzeitig zum Wort meldete, überhaupt nicht das Wort geben. Erst längere Geschäftsordnung debatten führten dazu, ihm zehn Minuten Redezeit zu geben. Auch während der Ausführungen unseres Kollegen Krug tobte die „Hirsche“ wie die heulenden Derrwische im Morgenland. Der Führer der christlichen Gewerkschaften kamen immer mehr zur Überzeugung, daß eine ankündigende und sachliche Aussprache über die Gegensätze zwischen uns und den „Hirschen“ nicht möglich sei bei dem unaufhörlichen Benehmen der letzteren, weshalb sie auf die Aufforderung unseres Kollegen Krug geschlossen den Saal verließen. Kollege Groß machte dabei noch einmal den von Arbeiterstandpunkt anguerkennenden Versuch, ein geschlossenes Vorgehen bei der Firma Bergmann zu ermöglichen trotz der Vorkommnisse in der Versammlung. Krül wurde das von der Leitung der „Hirsche“ abgelehnt. Als Kollege Groß dann den Saal verließ, sprachen ihm „Hirsche“ Scheidelplatten ins Gesicht. Soldat Freiheit und Unberücksichtigung, die in der Arbeiterbewegung einzig dastehen, rühmen sich jetzt noch die „Hirsche“ in den Laupheimer Wirtschaften. Eine nette Gesellschaft! Die Enttäuschung in der gesitteten Laupheimer Arbeiterchaft über die schäblichen Manieren der „Hirsche“ ist stark. Die Bürgerchaft ist empört. Ginein in die christlichen Gewerkschaften, das ist die beste Antwort auf solche „Leistungen“ der „Hirsche“.

Die staatliche Anerkennung des Tarifvertrages in Dänemark. In Dänemark ist jetzt vom Verkehrsminister für die staatlichen Verkehrsbetriebe die Anerkennung der Tarifverträge zu gestanden worden. Da sich gezeigt hat, daß manche Arbeitgeber, die für staatliche Betriebe arbeiten ausführen, außer gewöhnlich niedrige Löhne bezahlen, hat der Verkehrsminister angeordnet, daß künftighin in alle Lieferungsverträge, die von den Verkehrsbehörden abgeschlossen werden, die Bestimmungen aufgenommen wird, nach der sich die Lieferanten verpflichten müssen, die bei ihnen beschäftigten Arbeiter nach Löhnen zu bezahlen, die in den Tarifverträgen festgelegt sind.

„Unbeschadet ihrer konfessionellen Anschauung mit Mut und Stolz“ — für den sozialdemokratischen Stultkateurenverband einzutreten, fordert ein gewisser Joh. Befer in der Nr. 8 des „Stultkateuren“ die Kollegen von Penberge, dem Goldenen Grund und dem Weisental auf. Mithin haben sie das seither nicht getan, und daß sie allen Grund dazu hatten, das zeigt p. v. Befer selbst, indem er schreibt:

„Solange unsere organisierten Kollegen im Weisental nicht davon überzeugt sind, daß auch sie ganz genau im selben Maße das Recht haben zu agitieren, wie dies ihre Pfaffen von der Kanzel herunter üben, und zwar nicht bloß für die Erhaltung der Religion und die christlichen Verbände, sondern auch im größten Maßstabe für ihre Partei, für das arbeiterscheindliche Zentrum, das uns bei der letzten Steuer- und Finanzreform so viel „Glück und Segen“ gebracht hat, daß wir uns wirklich als „gesegnet“ betrachten können. Aber trotz dieser Furchtelagitation, bei der man unsere Kollegen, wenn sie in der Öffentlichkeit etwas Verbandsinteresse zeigen, als die größten Verbrecher an den Pranger zu bringen sucht, sollten sie unbeschadet ihrer konfessionellen Anschauung mit Mut und Stolz solchen Gebaren gegenüberstehen. Unsere organisierten Kollegen des Weisentals müssen sich mehr ihrer Pflicht gegenüber der Organisation und ihres Rechtes, für diese auch im Winter in der Heimat einzutreten, bewußt werden und als Männer, die von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt sind, solcher p. v. Beferischen Demagogie entgegenzutreten, dann werden die dem Fortschritt unseres Verbandes noch entgegenstehenden Hindernisse bald beseitigt werden können. Die Kollegen müssen sich dazu aufschwingen, den Dedmantel der Pfaffenfreundschaft abzuwerfen, die Scheinheiligkeit, die sich mancher den Koflingen auf der Kanzel gegenüber auferlegen zu müssen glaubt, um einigermaßen unbehelligt den Winter bei den Angehörigen verbringen zu können, muß beiseite gefegt werden.“

Das ist die Kraft, die das Böse will, aber nur das Gute schafft. Wer so redet von „Pfaffen“, „p. v. Beferischer Demagogie“, „Dedmantel der Pfaffenfreundschaft“, „Scheinheiligkeit“, „Koflingen auf der Kanzel“, „flammendem Protest gegen die Pfaffenherrenschaft“, der kann von den Stultkateuren genannt werden, geschmackvoll von Befer als „dunkelste Winkel“ be-

zeichnet, nicht verlangen, daß sie „unbeschadet ihrer konfessionellen Anschauung mit Mut und Stolz“ für den roten Stüttauerverband eintreten. Nein, Musje Wefer, so geht das nicht, du mußt du es schon schlauer einsehen. Wenn aber von „Köhlungen“ geredet werden soll, hätte es doch viel näher gelegen, sich selbst anzufangen. Wenn gehörten denn die Köhlungen an Mannheim an, die unsere Kollegen brotlos machten und wollten, und das bloß deshalb, weil diese nicht dem „freien“ Wohlgeheim, er nennt sich „frei“ Stüttauerverband angeschlossen wollten. Und diese wackeligen Köhlungen wurden aus der Verbandsliste des „freien“ Stüttauerverbandes mit 23 900 Mark unterstutzt. Musje Wefer, was sagst du denn dazu? Ist das auch mit „Mut und Stolz“ zu verteidigen? Nur so weiter! Die christlich gesinnten Stüttaureur wissen schon, wo ihr Platz ist.

Die Aktion des Staatsanwalts gegen den Mannheimer Ludwigshafener Arbeitsnachweis ist im Sande verlaufen. Der Staatsanwalt hat seine Mitglieder eine Mitteilung, wonach infolge einer Anzeige des Geschäftsführers des Arbeitsnachweises Moebius die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, dieses jedoch nach eingehender Untersuchung wieder eingestellt habe. Die Untersuchung habe ergeben, daß die Einrichtung des Arbeitsnachweises nicht gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoße, sie habe auch festgestellt, daß die lebensschädlichen Vorwürfe gegen die Arbeitsnachweise wegen angeblich geheimer Bemittelungen erhoben wurden, jeder Begründung entbehren. Hauptsächlich lag Herr Moebius nun gegen den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften. Das ist ja nach dem Ergebnis der staatsanwaltlichen Untersuchung nicht zu umgehen; denn man läßt doch nicht soch unbegründete Vorwürfe gegen sich erheben, wie das geschehen. Wahrscheinlich käme dann etwas anderes zum Vorschein.

Ein Silberfuss aus moderner Glaubenslosigkeit. Wie ein Bergwerksarbeiter sieht sich nachfolgende Charakteristik der Gegenwart, die ein Diebstahl im „Literarischen Zentralblatt“ (1909, Nr. 23, 731) gegeben hat:

„Ein schweres, störendes und Sehnen geht durch unsere ruh- und schlaflose Zeit. Täglich mehrt sich die Masse unseres Wissens, unser technisches Können kennt kaum noch unüberwindliche Schwierigkeiten... und doch haben wir keine Freude daran, immer häufiger hört man die müde, mißmutige Frage: Wozu das alles? Es fehlt uns dasjenige, was unserm Dasein Halt und Schwung gibt, eine feste gesicherte Weltanschauung. Oder richtiger: Wir sind dahinter gekommen, daß sich mit der Weltanschauung, die seit dem Jahrhundert der Aufklärung in steigendem Maße unserm gesamten geistigen Leben seine Physiognomie aufgeprägt hat, nicht leben läßt. Der Materialismus in größerer und feinerer Form ist sehr tief in unsere Denkwelt eingebunden, selbst bei solchen, die den Namen eines Materialisten entrisst abweisen würden; er erschien gleichbedeutend mit wissenschaftlichem Ernst und liberaler Bestimmung. Daneben existierte freilich ein ansehnliches Kapital alter idealistischer Werte und solange man davon zehren konnte, sah man in dem Materialismus nur die Macht, die mit eingewurzelteten Vorurteilen aufräumte und die Bahn für den Fortschritt auf allen Gebieten frei machte. Die neuen Generationen haben von diesem alten Kapital wenig oder nichts mehr, und nur auf diesen Materialismus angewiesen, sehen sie sich vor einer grauenhaften Dede und Leere des Daseins. Und seitdem auch der Mann auf der Straße die kindlich-einfachen materialistischen Grundfakte begriffen hat und von der Höhe seiner „wissenschaftlichen“ Weltanschauung auf alle Reaktionen verächtlich herabschaut, erkennt man die Gefahr, die allem droht, was mit dem Worte „Humanität“ zusammengefaßt wird. Darum auch die Fülle von Schriften, die sich heutzutage mit Weltanschauungsfragen beschäftigen.“

Wahrscheinlich, eine erschütternde Feststellung, dieses Eingeständnis, daß man mit dem Leben nicht mehr fertig werden kann, daß man eine grauenhafte Dede und Leere vor sich sieht. Wo ist da jenes Siegesbewußtsein, jenes Sicherheitsgefühl, das der Ungläubigen bringen soll? Und doch hören wir täglich aus sozialdemokratischen Munde, daß Glauben und Religion nur unnützer Ballast sei, untauglich fürs Leben. Das redet eine andere Sprache.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperret sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Lügde (Speere) über das Geschäft des Unternehmers W. H. e; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innewahalten; Mattingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Köln, Rh. (Zimmergeschäft) Philipp Blum, Tinsort 2; Steinhausen, Gesperret ist die Piegeler F. W. Kolff, Halle i. W.; der Arbeitgeber Tweelmeier weigert sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Bezug ist fernzuhalten.

Bezirk Bochum.

Sitzung des Einigungsamtes für das Baugewerbe.

Essen, 15. Februar.

Anwesend unter dem Vorsitz des Beigeordneten Rath: a) von den Besitzern: Herr Regierungsrat Dr. Bodenstein; b) von den Arbeitgebern: Herr Karl Maivogel-Langendreer, Herr Carl Fritz-Essen, Herr F. Schmiedehaus-Essen, Herr Walter Mühlhagen, Herr Joh. Franke-Künster; c) von den Arbeitnehmern: Herr F. Kahl-Dortmund, Wessingstraße 32, Herr W. Janßen-Düsseldorf, Lindenstraße 65, Herr F. Otto-Dortmund, Wessingstraße 32, Herr Wilh. Koch-Bochum, Wilmelhauser Str. 13, Herr Theodor Säuschen-Bochum, Wilmelhauser Straße 13, Herr Friedrich Werner-Paderborn; d) als Zeugen bzw. Parteien: Herr Bauunternehmer Jos. Dorzi-Reddinghausen, Herr Heinrich Bendler-Perne, Chanrockstraße 1, Herr Karl Müller-Duisburg, Ruhrortter Straße 113; e) als Protokollführer: Ober-Stadtschreiber Redlich.

1. Begründung der Entscheidung des Einigungsamtes vom 22. Juni 1909, Punkt III, nach der die tarifliche Arbeitszeit auch bei Akkordarbeiten einzuhalten ist.

In der Einigungsamtssitzung vom 22. Juni 1909 ist auf Anregung der Schlichtungskommission Reddinghausen dahin entschieden worden, daß die tarifliche zehnstündige Arbeitszeit auch bei Akkordarbeiten innewahalten ist.

Vorsitzender bringt heute die zur vorstehenden Frage eingeholten Auskünfte der Einigungsämter Barmen, Köln, Berlin (Magistratsrat von Schulz) und München (Dr. Preiner) zur Berlesung, die sich ebenfalls dahin ausdrücken, daß § 2 des Tarifvertrages auch auf die Akkordarbeit Anwendung zu finden hat.

Ferner teilt Vorsitzender mit, daß bei den Verhandlungen über den Reichstarif für das Baugewerbe auf seine Anfrage ohne Debatte einstimmig zu Protokoll gegeben sei, daß die vertragliche Arbeitszeit auf die Akkordarbeit Bezug hätte.

2. Art der Lohnzahlung im Bezugsgebiet (14tägige oder halbmönatliche). — Siehe Beschluß des Einigungsamtes vom 21. Oktober-1909 unter 10.

Vorsitzender teilt mit, daß die Firmen Baumhögger und Annenweber-Dortmund es mit Rücksicht auf den kurz bevorstehenden Vertragsablauf abgelehnt hätten, von der halbmonatlichen Lohnzahlung abzugeben.

Des weiteren gibt er die Auskünfte bekannt, welche in dieser Sache von den Persönlichkeiten eingezogen wurden, die beim

Vertragsabfchlusse mitwirkten. Diese Auskünfte lauteten hauptsächlich dahin, daß seitens der Arbeitgeber stets die Absicht verfolgt worden sei, die bisherige Lohnzahlungsweise weiter beizubehalten. Wenn im Bezugsgebiet mit Rücksicht auf die im Bergbau üblichen halbmonatlichen Lohnperioden die Lohnung im Baugewerbe früher halbmonatlich erfolgt sei, so sei bei den Vertragsschließenden nicht mit einer Aenderung des bisherigen Zahlungsverfahrens gerechnet, wenn auch im Vertrage für die betreffenden Lohngebiete 14tägige Zahlung vereinbart sei.

Auf eine Entscheidung des Einigungsamtes in Sachen wider Baumhögger und Annenweber wurde seitens der Arbeitnehmer verzichtet.

3. Entscheidung der Frage, ob für die Bearbeitung von imprägnierten Hölzern eine Entschädigung nach der tariflichen Bestimmung über die Vergütung von Karbolneumarbeiten zu zahlen ist.

Auf Antrag der Arbeitgeber und Arbeitnehmer wurde auf eine grundsätzliche Entscheidung dieser Frage verzichtet, nachdem von den Auskünstigen Kenntnis genommen war, die auf Anfrage des Einigungsamtes seitens des Chemikers Dr. Noerdlinger-Fürstheim, seitens der Bauinnung Essen, der Castrop-Imprägnieranstalt und des Baurats Guckel-Essen erteilt sind.

Herr Dr. Noerdlinger spricht sich in seinem Gutachten dahin aus, daß die Verarbeitung von mit Teerölen imprägnierten Hölzern im allgemeinen als eine ebenso unangenehme und schmutzige Arbeit anzusehen ist, wie die Verarbeitung von mit Karbolinöl gestrichenen Hölzern, und daß sich ein Zeitraum schlecht angeben lasse, nach welchem das Verarbeiten des imprägnierten oder gestrichenen Holzes keine besonderen Unannehmlichkeiten mehr mit sich führe, denn die Unannehmlichkeiten seien nicht allein abhängig von der während der Arbeit herrschenden Temperatur, sondern auch von der Art und Beschaffenheit des zum Imprägnieren oder Anstreichen verwandten Teeröls, von der Holzgattung und Beschaffenheit des Holzes u. a. m.

Die Essener Bauinnung sagt, die fragliche Arbeit könne gegenüber den üblichen Bauarbeiten kaum als besonders schmutzige Arbeit angesehen werden.

Die Castrop-Imprägnieranstalt spricht sich dahin aus, daß Hölzer, welche mit Karbolinöl oder Teer gestrichen werden, bei normal trockener Witterung nach einem Zeitraum von zirka zwei Wochen genügend trocken sein werden, um Unannehmlichkeiten bei ihrer Verarbeitung zu vermeiden.

Herr Bauat Guckel-Essen erwidert, er könne eine Arbeit mit imprägnierten und genügend nachgetrockneten Hölzern zu anderen Bauarbeiten im Verhältnis als besonders schmutzige Arbeit nicht bezeichnen.

4. Klage Werner gegen Firma Volkensborn zu Mühlheim-Nahe wegen Nichtzahlung der tarifmäßigen Löhne an Bauhilfsarbeiten auf der Baustelle an der Friedrich-Wilhelms-Hütte. — Es ist die Frage strittig, ob Abbrucharbeiten vorlagen und Bauhilfsarbeiterlöhne zu zahlen sind oder ob nur Erdarbeiten in Frage kommen.

Auf Erörterung der vorliegenden Frage wurde verzichtet, da der Fall keine praktische Bedeutung mehr habe.

5. Entscheidung der Frage, zu welchem Lohngebiet der Ort Leithe bei Wattencheid gehört.

Der Ort Leithe bei Wattencheid gehört zu dem Lohngebiet Wattencheid. Dies ergibt sich aus den zur Vorlage gebrachten Akten des Einigungsamtes über den Abschluß des Tarifvertrages. Nach diesen Akten ist der fragliche Ort Leithe in den Vertragsentwürfen, welche bei den Beratungen vorlagen, unter der Position 68 aufgeführt, während er in den Vertragsausfertigungen an dieser Stelle, und zwar zweifelslos infolge Druckfehlers, nicht aufgeführt ist.

Punkt 6 wird bis zum Schluß der Sitzung zurückgestellt, da der geladene Bauunternehmer Ludwig-Duisburg mitgeteilt hat, er könne erst gegen 6 Uhr erscheinen.

7. Beschwerde Bendler-Perne gegen Firma Dorzi zu Reddinghausen wegen Nichtbeachtung des § 4, Absatz 4 des Tarifvertrages, findet dadurch Erledigung, daß Herr Dorzi die seitens des Herrn Bendler-Perne für die Arbeiter Rühne und Wiede gestellte Forderung anerkennt.

8. Antrag F. Kahl-Dortmund auf anderweitige Fassung des zum Punkte 6 der Sitzung vom 21. Oktober 1909 ergangenen Beschlusses.

Von einer anderweitigen Fassung fraglichen Beschlusses wird abgesehen. Der Schlichtungskommission Schwerte soll seitens des Einigungsamtes mitgeteilt werden, daß die Klage der Maurer Debus und Berndt in Gemäßheit der grundsätzlichen Entscheidung des Einigungsamtes vom 21. Oktober 1909 zur Erledigung bringen müsse.

Außerhalb der Tagesordnung: Herr Schmiedehaus übernimmt es, der Firma D. Kleffmann zu Dortmund, der die Schlichtungskommission und der Arbeitgeberverband Dortmund die Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen vergeblich anverletzt hat, namens des Arbeitgeberbundes zu eröffnen, daß sie gehalten sei, ihren Arbeitern die tariflichen Löhne zu zahlen.

Da Herr Ludwig-Duisburg zu Punkt 6 der Tagesordnung noch immer nicht erschienen ist, wird die Sitzung geschlossen und die Entscheidung in der Frage dem Vorsitzenden und den Besitzern Herrn Franke-Künster und Herrn Otto-Dortmund überlassen.

Der Protest des Arbeitnehmerbundes der Schlichtungskommission Duisburg gegen den Beschluß der Schlichtungskommission Duisburg vom 15. Oktober 1909 betreffend Belästigung von nichtorganisierten Arbeitern durch organisierte Arbeiter auf der Baustelle der Firma Ludwig während der Arbeitszeit, findet dadurch Erledigung, daß Herr Ludwig sich zwecks Beseitigung der Klage unter völliger Wahrung des bisher von ihm in dieser Sache vertretenen Standpunktes und der seinerseits abgegebenen Erklärungen verpflichtet, dem Obmann der Schlichtungskommission Duisburg eine Pauschalsumme von je 2,75 M für acht Maurer und je 2,25 M für sechs Bauhilfsarbeiter zu übergeben, aus der den in Frage kommenden Arbeitern, soweit sie überhaupt noch Forderungen gegen ihn geltend machen sollten, die entsprechende Entschädigung gezahlt werden und deren eventuell verbleibender Restbetrag an ihn erstattet werden soll.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder darauf aufmerksam, daß die statutarische Beitragspflicht mit dem 1. März wieder beginnt. Am 6. März ist der erste Wochenbeitrag fällig.

Dachdecker.

Essen. Die Zahlstelle der Dachdecker hielt am 1. Februar ihre diesjährige Generalversammlung ab. Der zweite Vorsitzende, Kollege Kleinewinkel, eröffnete dieselbe gegen 8 Uhr und gab hierbei gleichzeitig seinem Bedauern über den schwachen Besuch derselben Ausdruck. Als erster Punkt der Tagesordnung gab Kollege v. d. Sand Jr. Bericht über Einnahmen und Ausgaben des verflohenen Jahres. Dann wurde die Vorstandswahl getätigt. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Joseph Kleinewinkel, als zweiter Kollege Franz Penner.

Kollege Friedrich Dönnig als erster Kassierer und Kollege Jakob Müller als zweiter. Zu Schriftführern wurden Joseph Bolafsky als erster und als zweiter Richard Kuchinski gewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Homel und Wöbder, die Kollegen Müller und Kuchinski als Parteibeauftragte bestimmt. Als Delegierter zum Ausschuß wurde per Affirmation Joseph Kleinewinkel gewählt. Unter Berücksichtigung entspann sich eine sehr lebhaft Diskussions. Kollege Hedbergott kam auf den Versammlungsbesuch im letzten Jahre zurück und bedauerte den schwachen Besuch, insbesondere auch den der heutigen Generalversammlung. Zum Schluß seiner Worte richtet derselbe an den neuen Vorstand die Bitte, für Stoff, Vorträge in den Versammlungen sorgen zu wollen. Dem ersten Vorsitzenden wird dies versprochen und zugleich an die Kollegen der Appell gerichtet, doch unter allen Umständen die Versammlungen besser zu besuchen. Insbesondere weist derselbe noch auf die dem Bauhandwerk bevorstehende Lohnbewegung im letzten Frühjahr hin und sei es erst recht Pflicht eines jeden, fest und treu zum Verbands zu halten, erst dann, wenn dies geschehe, könne auf einen sicheren Verlauf der Bewegung gerechnet werden. Er bat den neuen Vorstand, recht kräftig mitzuarbeiten zum Segen des Verbandes.

Maurer.

Bort (Verwaltungsstelle Dortmund). Sonntag, 13. Februar, fand unsere Generalversammlung, welche sich eines guten Besuchs erfreute, statt. Als Referent war Kollege Petri-Dortmund erschienen. Derselbe behandelte in einflussreicher Rede von den Arbeitgebern und vorgelegten Mustertarif. Des weiteren berichtete er über die gepflogenen Verhandlungen. Die Kollegen folgten mit Spannung den Worten des Referenten. Der Fall zeigte, daß die Worte ihnen aus dem Herzen gesprochen waren. In der Diskussion erklärte ein Kollege, daß ein Unternehmer an ihn herangetreten sei mit der Frage, was habe ihr im nächsten Frühjahr vor? Wollt ihr auch mehr Lohn? Man hört ja gar nichts. Ansehend wird es den Unternehmern angst und bange. Im vergangenen Jahre glaubten sie durch Maßregelungen unsere Organisation vernichten zu können, nur setzen die Herren ein, daß das Gegenteil erreicht ist. Des weiteren wird sich eine Bautätigkeit am Orte entwickeln, wie die selbe wohl noch... darzulegen ist. Wir können daher verstehen, daß es den Herren bange wird. Aber die Arbeiterorganisationen vertreten nicht den Herrenstandpunkt, wenn die Unternehmer Lust haben zum verhandeln, sind wir gern bereit. Aber sie selber dürfen ja nicht, Schmiedehaus ist dafür da, und der will keine örtlichen Verhandlungen. So müssen die Herren Arbeitgeber sich gedulden, bis die Generalversammlung in Straßburg gesprochen hat. Von den Arbeitern werden sie wohl unter der Hand nichts erfahren, denn die kennen jetzt ihre Pappenhäuser. Kollege Blumenkämper gab hierauf den Jahresbericht, welcher zufriedenstellend war. Die Revisoren beantragten, dem Kassierer die Entlastung zu erteilen, welches hierauf geschah. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Knuppmann gewählt, als zweiter Kollege Stust. Als Kassierer der Kollege Kaspar Blumenkämper, als erster Schriftführer Kollege Laurenz, als zweiter Franz Köpper. Zu Revisoren die Kollegen Nibbing und Huser, zu Kassierern Th. Dieß-Weber und Th. Wohnhoff. Sämtliche Kollegen nahmen die Wahl dankend an und versprochen, in diesem Jahre alles zu versuchen, um den letzten Indifferenten der Organisation zuzuführen.

Büderich bei Wesel. Am Sonntag, den 13. Februar, fand eine außerordentliche Versammlung statt. Nachdem der erste Vorsitzende, Kollege Dießmann, die Versammlung eröffnet und die festgelegte Tagesordnung bekanntgegeben, erteilte er dem Kollegen Kirchner-Oberhausen das Wort. Selbiger legte den erschienenen Handwerk- und Innungsmeistern die Frage vor, warum sie zu dieser jetzt stattfindenden Versammlung erschienen seien, vielleicht um mit Stellung zu nehmen zu dem bestehenden Tarifvertrag, oder ob sie vielleicht Gesandte seien vom Weseler Ortsverband der Arbeitgeber. Weibes wurde verneint, das Erscheinen sollte vielmehr den Zweck haben, um bei einer kommunalen Wahl, welche baldigst stattfinden hätte, gemeinschaftlich Stellung zu nehmen. Nachdem Klärung über diesen Punkt stattgefunden, war man sich auch darüber einig, die Handwerksmeister an dieser Versammlung teilnehmen zu lassen. Nachdem die Jahresabrechnung der Zahlstelle bekanntgegeben war, wies Kollege Kirchner nach, daß sie nicht zufriedenstellend sei, denn im Jahre 1908 wurden vereinnahmt 1043 M, im Jahre 1909 hingegen nur 614 M, mithin 399 M weniger wie 1908. Die Zahlstellenaussage betrug im Jahre 1909: 82,55 M. Mithin müßte es im Kassierverhältnis besser werden. Sodann erstattete der Kollege Timp den Bericht von der Verwaltungsstelle. Sämtliche Kollegen erklärten sich mit seinen Ausführungen einverstanden. Nachdem nun noch Kollege Kirchner in seinem einflussreichen Referat auf den bevorstehenden Kampf hingewiesen hatte, entspann sich eine lebhaft Diskussions. Man verurteilte ganz entschieden das Vorgehen einzelner Unternehmer von Wesel, welche die Bauarbeiter aufforderten, aus der Organisation auszutreten, ja, man hat ihnen so quasi eine Bedenkzeit gegeben. Aber unsere Kollegen werden sich von diesem oder jenem Arbeitgeber nicht über die Ohren hauen lassen. Auch werden unsere Kollegen keine Schriftstücke unterschreiben. Verlangt man dieses, muß der Leitung des Verbandes sofort Mitteilung gemacht werden. Selbst auch die noch anwesenden Innungsmeister verurteilten das Vorgehen solcher Arbeitgeber und erklärten, daß auch dem Lohnarbeiter ein besseres Dasein geschaffen werden müsse. Beschwerde wurde geführt, daß eine Anzahl Bauarbeiter von Wesel nur dann dem Rufe der Organisation folge, wenn ein Kampf drohe. Nachdem der Vorsitzende auf die Pflichten verschiedener Vorstandsmitglieder hingewiesen hatte, und man sich klar darüber war, daß den Unorganisierten baldigst ein Besuch abgestattet werden müsse, zwecks Wiederernehmens für den Verband, wurde die Versammlung geschlossen. Mögen die Kollegen von Wesel dem Beispiel der Wüdericher Kollegen folgen.

Dortmund. Am 30. Januar hielt die Verwaltungsstelle Dortmund ihre Generalversammlung ab. Aus dem vom Kollegen Petri erstatteten Jahresbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Bauinnung hat sich im letzten Jahre in erfreulicher Weise gehoben. Dieses trifft besonders für die Stadt Dortmund zu. In den Ortschaften war erst im Spätjahr von einer Gebung etwas bemerkbar. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird im kommenden Jahre sich eine lebhaft Bautätigkeit entwickeln. Mehrere Bechen und größere Werke planen größere Anlagen und Kolonien, die teilweise schon in Angriff genommen sind. Sodann ging Redner auf die Lohnbewegung Bort-Zelm ein, die nach sechswohigem Kampfe resultatlos verlaufen ist. Dieses Resultat ist hauptsächlich dem Herrn Amtmann Busch zuzuschreiben, der sich in liebevoller Weise der Unternehmer annahm und in einem Flugblatt die Arbeiter aufforderte, doch ja die Arbeit nicht einzustellen. Das einzige erfreuliche ist, daß die Kollegen der Organisation nach diesen Vorkommnissen nicht den Rücken gefehrt haben, sondern im Gegenteil sich die Mitgliederzahl erheblich vermehrt hat. Es mußten ferner im Berichtsjahre 5 Bauiperrren verhängt werden; in Dortmund über die Firmen Schmid Co., Lübbe und Stämann und Pfaff. Bei allen drei Firmen handelte es sich um Maßregelung organisierter Kollegen. Diese endeten mit vollem Erfolg, die Gemeinregelungen wurden wieder eingestellt und die Unternehmer Lübbe und Schmid u. Co. mußten außerdem noch an die in Frage kommenden Organisationen jeder 150 M Entschädigung zahlen. Bei der Firma Krämer in Gutarde und Riepelmann in Wiede-Ossen handelte es sich um Nichtbezahlung des Tariflohnes. Auch diese Herren wurden recht bald eines anderen belehrt und erklärten sich

nach kurzer Arbeitsniederlegung bereit, den Tariflohn zu zahlen. Die Schlichtungskommission mußte für Dortmund und Linen 13 mal zusammentreten. Auch hier lagen in den meisten Fällen Verstöße gegen den Vertrag von Arbeitgeberseite vor, die teilweise erst vor dem Einigungsamte ihre Entledigung fanden. Bauverhandlungen fanden 14 statt. Bei diesen handelte es sich meist um Mißstände bezüglich Bauarbeiterschutz. Derselbe liegt hier noch sehr im argen, besonders in den Landorten stört man sich gar nicht an den Unfallverhütungsvorschriften. Hier ist noch manches zu tun. Soziale Wahlen fanden statt in Linen, Derne und Kastrup (Krankenkassen), die mit vollem Siege der christlichen Liste endeten. Ferner in Dortmund Gesellen-Auswahl, die uns ebenfalls den Sieg brachte. Bei der Gewergerichtswahl behaupteten wir unsere alte Stütze. In 416 Fällen wurde den Kollegen durch die Verwaltung Arbeit nachgewiesen. Offene Stellen wurden bedeutend mehr gemeldet. 28 Klageschriften für Gewergerichte wurden von der Verwaltung die Vertretung. Des weiteren wurden von der Verwaltung in 104 Mitgliederversammlungen Vorträge gehalten, zwei öffentliche Versammlungen fanden statt und fünf mit anderen Organisationen gemeinschaftlich abgehalten. An Vorstand- und Vertrauensmännerversammlungen nahm die Verwaltung in 29 Fällen teil. Verwaltungskontrollen fanden 4, Konferenzen von der Bezirksleitung einberufen 6, Einigungsamtsitzungen 1 statt, an denen die Verwaltung teilnahm, ferner noch an der Generalversammlung in Münster. Fürs Kartell wurde die Verwaltung in 21 Fällen in Anspruch genommen und zwar mit Referaten in 5 Versammlungen, außerdem in 10 Sitzungen, 3 Konferenzen und 3 Vorstandssitzungen. Der Kollege Petri dankte allen Kollegen, die ihm in seiner Arbeit unterstützt haben und sprach die Hoffnung aus, daß sich noch immer mehr Kollegen zur Mitarbeit melden. Den Kassenbericht erstattete Kollege Weisenhagen. Aus demselben ist zu entnehmen: es wurden 657 Kollegen neu aufgenommen, 37 traten aus anderen Verbänden zu uns über. Marken wurden verkauft 58 013. Der Erlös hierfür betrug 33 329,95 M. Davon erhielt die Zentrale 22 484,78 M. In die Lokalkassen der Verwaltungs- und Zahlstellen flossen 10 845,17 M. Das Lokalkassenvermögen der Verwaltungsstelle beträgt 6067,25 M, das der Zahlstellen 4415,68 M, in Summa 10 472,93 M. Die Revisoren befanden, daß sie alles geprüft und in Ordnung befunden haben, und stellten den Antrag auf Entlastung. Dieser Antrag wurde angenommen. Hierauf hielt der Bezirksleiter Kollege Koch-Bodum einen Vortrag über „Die kommende Lohnbewegung“ und verpflichtete das „berühmte“ Vertragsmuster, welches uns von dem Arbeitgeberbunde vorgelegt wurde. Er zeigte uns an Beispielen, daß ein solcher Vertrag uns nur Pflichten, aber keine Rechte einräumt. Den Ausführungen folgten die Kollegen mit großer Aufmerksamkeit. Die sich hieran anschließende Diskussion war sehr lebhaft und wurde von allen Rednern betont, daß ein solcher Vertrag für uns unannehmbar sei. — Nachdem noch einige geschäftliche Angelegenheiten erledigt, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Kollege Petri, als zweiter August Kraus-Ewing; als erster Kassierer Kollege Weisenhagen, als zweiter Kollege Buit; als erster Schriftführer Kollege Fritz Gröne-Dabinghorst, als zweiter Kollege Berensmeijer Lütgenortmund; als Beisitzer August Nolte und Stanislaus Feine; als Revisoren Kollege Wegener und Kollege Dölle. Nach 3/4stündiger Dauer wurde die Generalversammlung unter Bekanntheit der fehlenden Zahlstellen (es sind: Friesenleger Dortmund, Hombroch, Derne, Hüfen) mit einem Hoch auf den Zentralverband christlicher Bauarbeiter geschlossen.

Himmelfort. Am 13. Februar fand hier eine Versammlung statt, wozu bereits am 9. Januar der Grundstein gelegt war. Etwa 40 bis 50 Maurer sind an diesem Orte, sowie einige Zimmerer. Die Kollegen sind alle darauf angewiesen, in der Provinz ihrem Erwerb nachzugehen. Ein großer Teil hat bereits hier und dort unserer Organisation angehört, jedoch immer wieder seine Bücher verfallen lassen. Damit diesbezüglich einmal geordnete Zustände eintreten, haben sich die Kollegen entschlossen, am Orte eine Zahlstelle zu gründen, damit sie ihre Beiträge, falls sie dort arbeiten, wo eine Verwaltungsstelle nicht besteht, zu Hause bezahlen können. Als erster Vorsitzender wurde der Kollege Wolf Spinger (Zimmerer) gewählt, als Kassierer Friedrich Dreher (Maurer) und als Schriftführer der Kollege Matern.

Rohrungen (Distr.). Nachdem hier am 10. Januar eine Besprechung stattgefunden, fand am 13. Februar unsere erste Mitgliederversammlung statt. Wenn irgendwo die Organisation notwendig ist, so ist es hier der Fall; niedrige Löhne, lange Arbeitszeit, kurzum alle Mißstände sind hier vertreten und bedürfen dringend der Abhilfe, im besonderen auch das Lehrlingswesen. Herr Maurermeister Tesmann beschäftigt allein 80 Lehrlinge. Es soll vorgekommen sein, daß Neubauten ohne einen einzigen Gesellen und Arbeiter, sondern nur von Lehrlingen hochgebracht wurden. Kollege Schönefäs beleuchtete diese einzelnen Zustände, sowie die Notwendigkeit der Organisation für die Maurer und Zimmerer im hiesigen Kreise. Kollege Eisert, welcher in den letzten fünf Wochen eifrig Hausagitation betrieben hatte, wozu jetzt 17 Kollegen dem Verbände angehören, wurde als erster Vorsitzender gewählt. Paul Kielmann (Zimmerer) als Kassierer und Otto Reich als Schriftführer. Alle Kollegen versprachen, auf den umliegenden Dörfern eifrige Agitation zu betreiben, damit bald mit der Abstellung der Mißstände hier begonnen werden kann.

Mülheim (Ruhr). In der am 29. Januar im Lokale Oster tagenden Mitgliederversammlung erstattete der Vorsitzende, Kollege Buschhoff, einen kurzen Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung und das Ergebnis der bis jetzt geführten Verhandlungen. Hierauf erwähnte er die in Berlin tagende Vorstandssitzung des Arbeitgeberbundes, wonach die Richterstattung die volle Einstimmigkeit ergab über die Notwendigkeit, das bereits festgestellte Vertragsmuster zur Geltung zu bringen und dieses ihrer in Straßburg tagenden Generalversammlung zur Annahme zu empfehlen. Als Gegenantwort stellten die Kollegen folgende Punkte:

1. Die Generalversammlung der Hauptverwaltung möge beschließen, in Anbetracht der so schwierigen Lage unseres Verbandes gegenüber den großzügigen Plänen der Arbeitgeber, für die Monate März und April einen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Mitglied und pro Monat zu erheben, mit der Maßgabe, die so aufgebrachte Summe in die Kasse der Hauptverwaltung abzuführen, bei ebl. ausbrechender Aktion jedoch dieselbe sofort der Zentralkasse zu überweisen.
2. Die Regelung der Winterbeiträge so herbeizuführen, daß dieselben durch Zuschlag von 5 Pf. in den 40 Beitragswochen gezahlt werden. Die 12 Winterwochen bleiben völlig beitragsfrei.

Beide Anträge wurden nach kurzer Diskussion einstimmig angenommen. Mögen nun die Delegierten der Verwaltungsdieselbe die gestellten Anträge annehmen, wie auch die Mitglieder desselben pünktlich nachkommen. Nur durch äußerste Opferwilligkeit werden wir in der Lage sein, den Nachteil der Unternehmer genügend einbäumen zu können.

Kulfnit. Hier fand am Sonntag, den 6. Februar, die zweite Versammlung statt. Kollege Marschall-Altenstein referierte nochmals eingehend über die Notwendigkeit der Organisation. Der gewerkschaftliche Geist ist ein guter, dieses beweist, daß die Mitgliederzahl bereits 35 beträgt. Als Vorsitzender fungiert der Kollege P. Freuß, als Kassierer Kollege Laube, und als Schriftführer Kollege Matzka. — Die Verhältnisse, wie sie von Himmelfort geschildert, treffen auch für Sonnenborn

und Kulfnit zu. Agitation wurde weiter noch in Worleinen, Loden, Ederdorf, Gr.-Neuhen und Horn betrieben, jedoch konnte zur Gründung von Zahlstellen noch nicht geschritten werden. Kollegen aus dem Kreise Mohrungen, der Anfang ist gemacht worden, an euch liegt es nun, den christlichen Gewerkschaftsgedanken weiter in den Kreis der Kollegen hinauszutragen. Sorgt also dafür, daß dieses bald geschieht, ein jeder agitiere, soviel es in seinen Kräften steht, für unsere gute Sache.

Sonnenborn. Am 11. Januar hat hier bereits eine Versammlung stattgefunden, und war für den 11. Februar eine weitere von dem Kollegen Tesmann gut vorbereitet. Der Besuch war ein guter. Auch hier begründete Kollege Schönefäs die Notwendigkeit der christlichen Organisation, sowie die Gründung einer eigenen Zahlstelle. Alle Kollegen waren damit einverstanden, und wurde als Vorsitzender und Kassierer Kollege Tesmann, als Schriftführer der Kollege Schwahl gewählt. Die Kollegen versprachen, eifrig für die Organisation tätig zu sein.

Zwifringen. Am Sonntag, den 23. Januar, fand hier die erste sozialdemokratische Gewerkschaftsversammlung statt. Einberufen in aller Stille von Bremen aus. Die Einladungszettel wurden erst am Abend vorher um 9 Uhr und nur an solche Arbeiter verteilt, welche nicht in christlichen Verbänden waren. Und zwar beschloß man wohl diesen Weg eingeschlagen, damit niemand mehr konnte herangeholt werden. In sachlicher Weise referierte „Genosse“ Behre-Bremen über die Notwendigkeit der Berufsorganisation. Er stellte die Sache so dar, als wenn die Arbeiterschaft von Zwifringen von Organisation noch nichts erfahren hätte. Kurz, es wurde wie immer dem Orte entsprechend, auch so gerebet, daß der Uneingeweihte die freien Gewerkschaften für echt neutral halten mußte. Es konnte im wahren Sinne des Wortes gesagt werden, „Sie kamen wie die Wölfe im Schafspelz“, die sechs bis acht Herren aus Bremen. Dann gab es „freie“ Diskussion. Kollege Eins-Hannover als Redner der christlichen Gewerkschaften unterzeichnete die Ausführungen in bezug auf die Notwendigkeit der Organisation, ja, er erklärte weiter, daß von christlichen Verbänden schon einige Jahre in dem angeführten Sinne Aufklärungsarbeit am Orte geleistet worden sei, das beweisen die Tarife im Baugewerbe und in der Stroh-Industrie. Wenn ein Teil der Arbeiterschaft nach den Erzeugnissen allerdings geglaubt hätte, nun wäre keine Organisation mehr notwendig, so wäre es doch leicht begreiflich, daß die jetzigen schlechten Verhältnisse in der Strohindustrie (denn um die handelt es sich in der Hauptsache) nach Lage der Dinge kommen mußten. Als aber Kollege Eins an Hand von Material das wahre Gesicht der „freien“ Gewerkschaften beleuchtete, denn der Herr Referent hatte es ängstlich vermieden, auch nur etwas von der richtigen Farbe zu vertragen, da wurde er von dem Versammlungsleiter fortgesetzt unterbrochen mit dem Hinweis, doch bei der Sache zu bleiben, da hätte doch der Referent nichts von gesagt. Kollege Eins erklärte, daß es seine Mission sei, das zu sagen, was der Herr Referent nicht gesagt habe. Dröhnenden Beifall erzielte Kollege Eins für seine Ausführungen. Als dann ein Bremer „Genosse“ sich in persönlichen Äußerungen gegen den christlichen Redner erging, wurde diesem, als er erwidern wollte, das Wort verweigert, angeblich wegen Zeitmangel. Dann zog der größte Teil der Versammlungsbesucher in ein anderes Lokal, wo Kollege Eins noch eine kernige Ansprache hielt, welche mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Und so wurde das Gegenteil von dem erreicht, was die roten Freiheitshelden erhofft hatten. Die Helle waren ihnen wirklich weggeschwommen.

Dies. Am Sonntag, den 13. Februar, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab. Erschienen waren etwa 1/4 der Kollegen und unser Bezirksleiter Kollege Hildebrand (Berlin). Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag, 2. Jahres- und Kassenbericht, 3. Wahl des Vorstandes, 4. Lohnarif. Der Vorsitzende erteilte Kollegen Hildebrand zum ersten Punkte der Tagesordnung das Wort. Derselbe nahm zuerst in ausführlicher Weise den neuen Musterarif durch, sprach dann über die großen Aufgaben, die der christlich-nationalen Arbeiterbewegung bevorstehen. Diejenigen Kollegen, die anwesend waren, haben eingesehen, daß ohne Organisation und ohne fleißigen Versammlungsbetrieb namentlich in der Tariffrage nichts zu erreichen ist. Der Kassenbericht ergab eine Einnahme der Zentralkasse von 366,41 M und einen Lokalkassenbestand für 1910 von 54,31 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Aus dem Jahresbericht ist zu entnehmen, daß wir 7 Mitglieder im Jahre verloren haben. Zwei wurden Soldat, einer trat in den „freien“ Verband über, weil, wie er sagte, dort 5 Pf. weniger Beitrag bezahlt würden. Dieses wird dadurch erklärt, weil der „freie“ Verband hier am Ort keinen Tarif mit den Arbeitgebern abgeschlossen hätte, folglich auch seitens der Verbandsleitung die Höhe des Beitrags nicht zu kontrollieren sei. Unsere Kollegen sehen schon seit einer Reihe von Jahren im festen Vertragsverhältnis. Die vier anderen Kollegen arbeiten in Berlin und werden wohl als Unorganisierte herumlaufen. Sodann schritt man zur Vorstandswahl. Als erster Vorsitzender wurde der schon seit 10 Jahren treu bewährte Kollege August Lange, als zweiter Kollege Karl Schüler gewählt. Kassierer wurde Kollege Aug. Greiser, Schriftführer Kollege Ernst Born, auch ein Kollege, der 10 Jahre im Vorstand mit tätig war. Hiernach wurden noch zwei Revisoren, die Kollegen Schüler und Illmann, zwei Hauskassierer, Kollegen Langardt und Illmann, zwei Beisitzer, Kollegen Mettschlag und Petri, gewählt. Es wurden den Vorsitzenden und Kassierer für ihr treu verwaltetes Amt je 10 M, den Hauskassierern 5 Prozent der Einnahme bewilligt. Dann wurde nach längerer Beratung beschlossen, den bestehenden Tarif auf zwei Jahre zu verlängern und den Arbeitgebern ein diesbezügliches Schreiben mit heiligemdem Tarif zu überreichen. Versammlungen finden jeden Sonntag nach dem 1. des Monats statt. Nachdem Kollege Hildebrand noch die Kollegen alle zu freudiger Verbandsarbeit aufforderte, und den neuen Vorstand auf seine Pflichten aufmerksam machte, wurde die Versammlung in freudiger Stimmung geschlossen.

Warburg. Am 30. Januar fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Als Referent war Kollege Bezirksleiter Werner erschienen. Es waren kaum die Hälfte der Kollegen erschienen wegen der außerordentlich schlechten Bitterung. Auf der Tagesordnung stand: 1. Jahresbericht, 2. Rechnungslage, 3. Vorstandswahl, 4. Vortrag. Zu Punkt 1 ergriff Kollege Walbeher das Wort. Hieraus erfuhrten wir, daß in der Verwaltung Warburg 22 Versammlungen abgehalten wurden, davon waren 4 Vorstandssitzungen. An Mitgliederversammlungen wurden in Warburg 8, in Daseburg 4, in Walde 4 und in Körbede 2 abgehalten. In Warburg war der Versammlungsbetrieb durchschnittlich schlecht, dagegen in den anderen Orten immer gut. Durch die eifrige Agitation der Vorstandsmitglieder wurden die Zahlstellen Daseburg, Körbede und Walde hinzugekommen, auch wurde in Walde durch Kollege Baldeher ein Tarif abgeschlossen, welcher für zwei Jahre Gültigkeit hat. Der bisherige Lohn war dort täglich 3 M. und 11 Stunden Arbeitszeit, aber jetzt wurde ein Stundenlohn von durchschnittlich 38 Pf. und 10 1/2 stündige Arbeitszeit erzielt. In Warburg wurde auf friedlichem Wege 1 Pf. pro Stunde mehr bewilligt. Für Daseburg wurde auch ein Tarif eingereicht. Im Anfang des Jahres 1909 hatten wir 99 Mitglieder; aufgenommen wurden im Laufe des verfloffenen Jahres 82 Mitglieder, von denen wieder 31 Mitglieder ausgeschieden sind, so daß wir für den Verband 31 Mitglieder gewonnen haben. 12 Mitglieder sind zugereist, abgemeldet 25, mithin bleibt ein Bestand von 117 Mitglieder. Hierauf gab Kollege Jacob den Rechenschaftsbericht bekannt, woraus wir entnehmen, daß 3106 Marken à 40 Pf., 1247 à 30 Pf., 275 Arbeitslohn, 53 Extramarken à 35 Pf. und 82 Eintrittsmarken verkauft

wurden. Das ist an Gelbeswert 1746,10 M. Hiervon wurden nach Berlin geschickt 1487,18 M., während für die Lots 258,92 M. verblieben. Die Abrechnung wurde von den Mitgliedern richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Wahl. Es wurden wiedergewählt: Kollege Walbeher als Vorsitzender und Kollege Ewe als zweiter Vorsitzender, Kollege Jacob als Kollege Josef Müller als zweiter Kassierer, Karl Brenke als erster und Kollege Heinrich Urtelle als Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Jos. Meier, Josef Brenke gewählt. Die Kollegen nahmen alle die Wahl dank an. Hierauf ergriff Kollege Werner das Wort, dankte nächst dem Vorstand für seine Bemühungen und legte allen Kollegen ans Herz, mit dem Vorstand Hand in Hand zu arbeiten, so wir im auch kommenden Jahre die glänzenden Erfolge aufzuweisen wie bisher. Ferner erläuterte Werner die jetzige Lage Baugewerbe. Ganz besonders beleuchtete er den Zwangsarbeitsnachweis. Die Kollegen dankten durch großen Beifall Kollegen von Warburg und Umgebend, stieß treu und besuch die Versammlungen wie bisher. Nur ein geschultes Meer Siege erringen.

Bauhilfsarbeiter.

Berlin. Die Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter hielt am 6. Februar ihre ordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe verhältnismäßig gut besucht. Der Vorsitzende gab den Jahresbericht. Redner gab eine kurze Uebersicht im allgemeinen von der gewerkschaftlichen Betätigung unserer Zahlstelle. Zünftig der äußeren Entwicklung ist ein Stillstand zu verzeichnen, denn in agitatorischer Hinsicht konnte nicht viel geleistet werden. Aber trotzdem haben wir keine Veranlassung unzufrieden dem Stand unserer Zahlstelle zu sein, denn wenn man in Erwägung zieht, daß die Berliner Bauarbeiterschaft eine kritische und schlimme Zeit durchgemacht hat, wie wohl niemals zuvor, und daß wir hier seit dem Jahre 1907 viel günstigere Verhältnisse haben als anderswo, so kann man sich wohl haben verhältnismäßig befriedigend abgeschnitten. Versammlungen wurden 9 abgehalten, Vorstandssitzungen 8, in denen die Tagesordnung der Versammlungen gehalten. Besucht wurden sämtliche Versammlungen nur mäßig. Redner rügte, daß älteren Kollegen, welche schon mehrere Jahre dem Verbände angehören, und den jüngeren doch ein gutes Beispiel gäben, vielfach die Versammlungen schwänzen. Er schloß seinen Bericht mit den Worten, einen Stillstand kann und darf für eine Arbeiterberufsorganisation in unserer ersten nicht geben. Darum mehr Lebendigkeit und Rührigkeit gewerkschaftlichen Leben. Mehr Werbearbeit. Mehr Interesse für den Versammlungsbetrieb. Den Kassenbericht gab Kollege Paul Thorad. Derselbe bemerkte einleitend, daß zwar in Mitgliederzahl ein Stillstand zu verzeichnen ist, dafür aber Kassenverhältnisse einen Fortschritt aufweisen. Die Jahresrechnung von 1909 stellt sich wie folgt: Einnahme an Beiträgen 1934,87 M, Kassenbestand von 1908: 466,99 M, also Gesamteinnahme 2401,86 M. Ausgabe: an die Verwaltung 1084 M, Krankenunterstützung 177,95 M, Sterbeunterstützung 74 M, Verwaltungsausgaben der Zahlstelle 475,40 M, Gesamtausgabe 1811,35 M, Kassenbestand für das Jahr 1910: 590,51 M. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Für den Arbeitsnachweis wurden 100 M bewilligt. Der Antrag, dem Vorsitzenden und Schriftführer eine kleine Entschädigung zu zahlen, wurde zurückgezogen, da beide darauf verzichteten. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: als erster Vorsitzender Joseph Kirlein, als zweiter Wilhelm Bod; Kassierer Robert Schwende; als erster Schriftführer Jul. Mann, als zweiter Aug. Pruscha; als Beisitzer: Johann Thoma und Klein; als Revisoren: Pruscha und Pawlat; als Kartellbevollmächtigter: Reinholz; als Delegierter zum Ausschuss für Arbeitgebervertreterwahl: Paul Thorad. Der Vorsitzende wies auf die Pflichten der Mitglieder hin, die in der Pflichtenstraße 40 und der Kassierer in Schönberg, Grünelstraße 88. Zum Schluß legte der Vorsitzende den Mitgliedern ans Herz, recht eifrig für unsere Sache zu agitieren, und die die ein Amt angenommen haben, möchten sich ihrer Pflicht wußt sein und immer ihre Pflicht in jeder Beziehung vollständig erfüllen. Wenn alle dieses beachten, dann kann der Erfolg in dem vor uns liegenden Geschäftsjahr nicht ausbleiben.

Von den Arbeitsstellen.

Berlin. Am 17. Februar vormittags ereignete sich auf dem Neubau in der Nähe des Bahnhofes Tiergarten, Ecke Jagow- und Fiele-Wardenberg-Straße, ein schwerer Unglücksfall. Der Arbeiter, der im vierten Stockwerk zu tun hatte, lehnerte sich an eine Stütze auf, die aber nicht stark genug gewesen sein muß. Er fiel auf den Baugrund und zog sich so schwere Verletzungen zu, daß er darauf starb. Als seine Frau mit dem Kinde ihren Mann wie stets auf der Arbeitsstätte zu Mittag aufsuchte, war er schon verstorben.

Breslau. Am Dienstag, den 16. Februar sind auf dem Neubau Dönhofsstraße 64 zwei Unfälle vorgekommen, bei denen ein Arbeiter bedeutend verletzt wurde. Die Unfälle sind aber geheim gehalten worden, daß die Behörden erst am Donnerstag davon Kenntnis erhielten. Es ist zunächst der Einsturz eines Deckenalters erfolgt, wobei der Zimmerer August Wettermann einen Schienbeinbruch zuzog, so daß er mit einer Droschke in dem Wenzel Handelfschen Krankenhaus überführt werden mußte. Einige Stunden später brach die Hochsteindecke im zweiten Stockwerk zusammen und stürzten zwei darauf beschäftigte Zimmerer ab, von denen der eine nur geringe Verletzungen erlitt, so daß weiterarbeiten konnte, während der andere, der Zimmerer Wilhelm Winkler aus Stabelwitz, nach Hause fahren mußte, weil er sich ganzen Körper geschunden fühlte. Die Ursache dieser Unfälle ist die Feststellung der Schuld wird nunmehr durch die Baupolizeibehörde erfolgen.

Bern. 18. Februar. In Tesslerete nördlich von Lugano gestern ein im Bau begriffenes Haus plötzlich eingestürzt und elf Arbeiter verunglückten. Drei sind tot, vier schwer und leichter verletzt. Das Unglück soll durch überliche Bauweise verursacht worden sein.

Briefkasten.

An mehrere. Eine ganze Anzahl Berichte mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden.

Bekanntmachungen.

Als verloren wird gemeldet das Mitgliedsbuch Nr. 48 lautend auf Joseph Vogt von der Zahlstelle Hamborn.

Sterbetafel.

Am 17. Februar starb unser treues Mitglied und Mitbegründer unserer Zahlstelle Wilhelm Jungseld im Alter von 32 Jahren infolge eines Lungenerleidens. Zahlstelle Grefeld-Verberg. Ehre seinem Andenken!